



**Landkreis
Rotenburg**
(Wümme) | Der Landrat

Niederschrift

über die
**18. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und
Planung**
am 18.11.2025
in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Harald Hauschild
Abg. Jürgen Blanken
Abg. Elisabeth Dembowski
Abg. Wolfgang Harling
Abg. Stefan Imbusch
Abg. Franziska Kettenburg
Abg. Tobias Koch
Abg. Volker Kullik
Abg. Reinhard Lindenberg
Abg. Henry Michaelis
Abg. Bernd Sievert
Abg. Reinhard Trau

Vertretung für Abgeordneten Henning Cordes

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Reinhold Becker
Frau Dr. Christiane Looks
Herr Reinhard Schraa
Herr Claus Vollmer

Verwaltung

Herr Dr. Torsten Lühning (Dez. IV)
Herr Gerd Hachmöller (Amt 80)
Herr Christoph Kundler (Amt 68)
Herr Christoph Schlamming (Amt 66)
Frau Laura Vendt (Amt 80)
Frau Leona Hufeland (Amt 80)
Herr Rainer Meyer (Amt 80)
Frau Friederike Meyer (Amt 68)
Herr Kai Sinnhuber-Fleischer (Amt 68)

Entschuldigt:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Henning Cordes
Abg. Marco Körner

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2** Feststellung der Tagesordnung
- 3** Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung am 26.08.2025
- 4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- 5** Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergie; hier: Zweiter RROP-Änderungsentwurf vom November 2025
Vorlage: 2021-26/1040
- 6** Klimafolgenanpassungskonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1038
- 7** Kostentarif für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1036
- 8** Aufstellung eines Konzeptes zur Verwendung von Ersatzzahlungen im Bereich des Landkreises Rotenburg (Wümme)
Vorlage: 2021-26/1046
- 9** Haushaltsplan 2026
Vorlage: 2021-26/1039
- 10** Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

- 11** Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ausschussvorsitzender Hauschild eröffnet um 14:30 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: **Feststellung der Tagesordnung**

Ausschussvorsitzender Hauschild stellt fest, dass keine Änderungen der Tagesordnung gewünscht werden. Die Tagesordnung wird einstimmig festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: **Genehmigung der Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung am 26.08.2025**

Frau Dr. Looks bittet darum, dass unter TOP 5 eindeutig darauf hingewiesen wird, dass ihr Vortrag diskutiert wird.

Es gibt keiner weiteren Anmerkungen zur Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung, **Ausschussvorsitzender Hauschild** lässt daher abstimmen.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 17. Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Planung am 26.08.2025 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	2

Punkt 4 der Tagesordnung: **Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten**

Herr Dr. Lühring berichtet, die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) habe einen weiteren Arbeitsstand zur Endlagersuche veröffentlicht. Der Landkreis Rotenburg (Wümme) sei insofern betroffen, als zu einer Fläche im Kreisgebiet und zu zwei Flächen knapp darüber hinaus erste Ergebnisse ermittelt wurden. So sei eine kleinere Teilfläche im Landkreis als ungeeignet eingestuft worden. Große Teile des Landkreises liegen allerdings auch weiterhin in den sogenannten „grauen Flächen“, die noch näher zu untersuchen seien.

Ende 2027 will die BGE Standortregionen für die überträgige Erkundung vorschlagen. An der anschließenden Prüfung dieses Vorschlages durch das BASE werden Wissenschaft und Öffentlichkeit beteiligt. Die abschließende Entscheidung über die Standortregionen trifft der Bundestag in Gesetzesform.

Eine Übersichtskarte ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergie; hier: Zweiter RROP-Änderungsentwurf vom November 2025
Vorlage: 2021-26/1040**

Frau Vendt trägt eine Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Anschluss gibt **Ausschussvorsitzender Hauschild** die Diskussion frei.

Auf die Frage des **Abg. Harling** aus welchem Grund in § 1 der Satzung keine Höhenbegrenzungen festgelegt würden, entgegnet **Herr Meyer**, dass die ausgewiesenen Gebiete ansonsten nicht auf das Flächenziel angerechnet würden.

Abg. Kullik merkt an, dass der Landkreis Verden in zwei Abschnitten zum Flächenziel komme. Hintergrund sei die Besorgnis, dass der Strom nicht abgenommen werde. Er sei froh, dass Moorebereiche ausgenommen seien. Er bittet um eine Einschätzung wer vorrangig Einwendungen erhebe. Hierzu führt **Herr Meyer** aus, dass sowohl Projektierer sich für ihre Flächen einsetzen würden, aber auch die Öffentlichkeit sich beteilige. Insgesamt seien die Vorbehalte im Vergleich zum RROP 2020 jedoch nicht mehr so groß.

Herr Dr. Lühring geht auf die vom Land Niedersachsen vorgegebenen Flächenziele ein. Der Landkreis werde ohne Mühe die 3,09 %-Vorgabe bis 2027 erfüllen können. Mit der bis 2032 zu erreichenden Vorgabe von 4 % werde es im ersten Anlauf möglicherweise knapp werden. Notfalls müsse hier später nachgesteuert werden. Vorrangig sei der zügige Abschluss des derzeitigen Verfahrens, um für alle Beteiligten Klarheit zu schaffen.

Abg. Trau merkt an, dass es wichtig gewesen sei, das Mindestziel auf den Weg zu bringen. Er plädiere für einen Beschluss entsprechend der Vorlage.

Ausschussvorsitzender Hauschild lässt darauf hin abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Der zweite Entwurf zur Änderung des RROP (Festlegung von Vorranggebieten Windenergienutzung) wird in das Beteiligungsverfahren gemäß § 9 Abs. 3 Raumordnungsgesetz gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 6 der Tagesordnung: **Klimafolgenanpassungskonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1038

Herr Dr. Lühring führt in die Thematik ein. **Herr Hachmöller** stellt das Klimafolgenanpassungskonzept mittels einer Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das Konzept sei ohne externe Vergabe in den letzten 15 Monaten vom Landkreis in enger Abstimmung mit vielen betroffenen Institutionen erstellt worden. Er bedankt sich bei Kollegen aus dem Hause für die Zuarbeit, insbesondere bei Dr. Meike Düspohl. Im Anschluss gibt **Ausschussvorsitzender Hauschild** die Diskussion frei.

Auf die Nachfrage des **Abg. Harling**, wann mit Maßnahmen begonnen werde und woher die Gelder dafür kämen, führt **Herr Dr. Lühring** aus, dass schon mit Maßnahmen begonnen wurde. So sei z.B. das Wassermengenmanagementkonzept bereits in Bearbeitung. Insbesondere ab 2027, wenn eine vom Land geförderte Vollzeitstelle beim Landkreis eingerichtet sei, werden weitere Maßnahmen umgesetzt.

Herr Hachmöller ergänzt, dass es auch Maßnahmen geben werde, bei denen der Landkreis nicht die Federführung habe und nur eine beratende oder begleitende Funktion einnehmen wird.

Abg. Dembowski merkt an, dass die Resonanz für das Konzept auch bei Naturschutzverbänden positiv gewesen sei. Ob Maßnahmen richtig gewichtet worden seien, stelle sich erst später heraus. Die Gesundheitsvorsorge treffe alle Menschen. Ein Punkt fehle ihr. Die Ernährung im Klimawandel werde ein Punkt.

Ausschussvorsitzender Hauschild lässt darauf hin abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Das Klimafolgenanpassungskonzept für den Landkreis Rotenburg (Wümme) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 7 der Tagesordnung: **Kostentarif für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor des Landkreises Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1036

Herr Schlamminger leitet in die Thematik ein. Man habe sich an der Inflationsrate orientiert. Im Anschluss lässt **Ausschussvorsitzender Hauschild** sofort abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Die anliegende Neufassung des Kostentarifes für Untersuchungen im Umwelt- und Hygienelabor des Landkreises Rotenburg (Wümme), gültig ab 01.01.2026, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 8 der Tagesordnung: **Aufstellung eines Konzeptes zur Verwendung von Ersatzzahlungen im Bereich des Landkreises Rotenburg (Wümme)**
Vorlage: 2021-26/1046

Herr Dr. Lühring leitet in die Thematik ein. **Herr Kundler** erläutert die Verwendung der Ersatzgeldzahlungen anhand der Ersatzgeldtabelle, die als Anlage der Niederschrift beigelegt ist. Des Weiteren erläutert er das Zustandekommen und die primäre Ankaufskulisse des Landkreises. Hierbei weist er darauf hin, dass es im Bereich der Osteniederung zu einem Darstellungsfehler kam. Die korrekte Darstellung wird im Ausschuss vorgestellt. **Frau Meyer** und **Herr Kundler** tragen eine Präsentation vor, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Im Anschluss gibt **Ausschussvorsitzender Hauschild** die Diskussion frei.

Abg. Dembowski bedauert, dass Umweltbildung nicht finanziert werden könne. **Herr Kundler** führt dazu aus, dass Umweltbildung bzw. Öffentlichkeitsarbeit nur dann nicht mit Ersatzzahlungen finanziert werden könne, wenn sie keinen Projektbezug habe. Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen von Projekten könne als Teil des Projektes sehr wohl bezahlt werden. Für reine Öffentlichkeitsarbeit bestünde die Möglichkeit, Mittel aus der Förderrichtlinie Arten/Biotopschutz zu erhalten. **Herr Dr. Lühring** ergänzt, dass die Planung vorsehe, ab 2026 jährlich 100.000 € aus Ersatzzahlungen zur Finanzierung der Förderrichtlinie bereit zu stellen. Hierdurch würde sich der Bedarf an freien Haushaltsmitteln entsprechend reduzieren.

Abg. Kullik findet es richtig, dass Schwerpunkte gesetzt würden, da man sich sonst verzettelte. Zwar habe er sich gewünscht, dass das Wiesenvogelschutzprojekt in die primäre Ankaufkulisse aufgenommen werde. Es gebe allerdings nachvollziehbare Gründe, die dagegen sprächen. Er regt an, zukünftig die Breddorfer Niederung auch in den Fokus zu nehmen. Diese eigne sich ebenfalls zur Aufwertung.

Abg. Dembowski ergänzt, dass die Biotopvernetzung berücksichtigt werden solle, da es hier Potenziale gebe.

Abg. Harling erkundigt sich, wie die Entscheidungskompetenzen innerhalb der Kreisorgane geplant seien. **Herr Dr. Lühring** erläutert, dass dieser Bereich noch gesondert geordnet werden müsse. Das Innenministerium als oberste Kommunalaufsichtsbehörde vertrete eine neue Rechtsauffassung hinsichtlich der Zuständigkeit für Grundstücksankäufe. Daher sei geplant, die Hauptsatzung anzupassen, damit nicht sämtliche Grundstücksankäufe in den Kreistag müssten. Stattdessen solle eine sinnvolle Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Landrat und Kreisausschuss anhand noch zu bestimmender Wertgrenzen gefunden werden.

Ausschussvorsitzender Hauschild lässt im Anschluss abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Das „Ersatzgeldkonzept des Landkreises Rotenburg (Wümme)“ wird als planerische Grundlage für die zukünftige Verwendung von Ersatzzahlungen beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 9 der Tagesordnung: **Haushaltsplan 2026**
Vorlage: 2021-26/1039

Herr Dr. Lühring leitet in die Thematik ein. **Ausschussvorsitzender Hauschild** lässt im Anschluss zu diversen Fragen des **Abg. Kullik** direkt abstimmen.

Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss:

Für die weiteren Beratungen zum Haushaltsplan 2026 werden die Planansätze der vorgenannten Produkte mit den in der Sitzung besprochenen Änderungen empfohlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Punkt 10 der Tagesordnung: **Anfragen**

Der **Abg. Lindenberg** geht auf ein aktuelles Gerichtsurteil des Bundesverwaltungsgerichts ein, das alle Landesdüngeverordnungen für unwirksam erklärt hätte, u.a. mit der Begründung, dass zu wenige Messstellen vorhanden seien.

Herr Schlamminger beantwortet die folgenden Fragen des Abgeordneten wie folgt:

1. a) Ist die Messstellendichte im LK ausreichend?

Der Landkreis Rotenburg (Wümme) betreibe kein eigenes Messstellennetz, sondern stütze sich auf die über 300 Messstellen des Landes in Niedersachsen. Die spezielle Aufgabe der Überwachung der Nitratbelastungen sei hierbei zweigeteilt und werde zum einen durch die Landwirtschaftskammer (Düngebehörde) und zum anderen durch den NLWKN (Messstellennetz/Umsetzung Wasserrahmenrichtlinie) wahrgenommen. Gleichwohl überwache der Landkreis im Rahmen der allgemeinen Gewässeraufsicht auch das Grundwasser. Dabei werde nicht nur der chemische, sondern auch der mengenmäßige Zustand berücksichtigt. Wünschenswert wären natürlich mehr Messstellen, da diese die Datendichte erhöhen und noch zielgerichteter zur Überwachung eingesetzt werden können.

1. b) Falls nein, gibt es Messstellen anderer Betreiber, die man einbeziehen könnte?

Im Landkreis gebe es Grundwassermessstellen von unterschiedlichen Betreibern, bspw. das der Wasserversorger (Vorfeldmessstellen). Wichtiger als die Frage, ob diese Messstellen einbezogen werden können, sei die zugrundeliegende Datengrundlage und Diskussion der Ergebnisse. Einzelne Messstellen hätten für eine genauere Betrachtung zum Thema Nitrat in großflächigen Grundwasserkörper wenig Aussagekraft, da vielmehr der Grundwasserkörper, die Grundwasserfließrichtung, Grundwasserchemie, Wetterverhältnisse, Jahreszeit, Bodennutzung und auch der Ausbauzustand der Messstelle selbst mit berücksichtigt werden müsse. Eine Messstelle in großer Tiefe biete zum Beispiel wenig Aussagekraft über die Entwicklung der Stickstoffeinträge.

2. Wie geht die untere Wasserbehörde in dieser Sache weiter vor?

Die untere Wasserbehörde habe keinen direkten Einfluss auf das Messstellennetz des Landes und die Umsetzung der düngerechtlichen Vorschriften. Gleichwohl finden Überprüfungen im Rahmen der Konditionalität durch Mitarbeiter des Landkreises statt. Hierbei würden beispielsweise überfüllte Mistplatten und eine unsachgerechte Mistlagerung geprüft. Weiterhin werde im Rahmen der Kooperationsgespräche in Wasserschutzgebieten ein enger Austausch mit den dortigen Stakeholdern gesucht. Kommunale Abwasserreinigungsanlagen und Kleinkläranlagen würden weiterhin regelmäßig beprobt.

Abg. Dembowski erfragt, ob es eine digitale Datenerfassung gebe und ob dies probeweise aufgebaut werden könne. **Herr Schlamminger** weist hier auf erhebliche Kosten der Datenlogger hin, die sich schnell auf vierstellige Summen pro Stück belaufen können.

Abg. Lindenberg bezieht sich auf die letzte Sitzung. Hierbei sei ausgeführt worden, dass es technische und datenschutzrechtliche Probleme bei der Darstellung der konkreten Kompensationsmaßnahmen aus dem bestehenden Kompensationskataster für die Öffentlichkeit gebe. Er fragt, wann die entsprechenden Angaben öffentlich einsehbar seien.

Herr Kundler antwortet, dass derzeit ein gemeinsames Computerprogramm für das Bauamt, das Amt für Wasserwirtschaft und die Naturschutzbehörde eingerichtet werde. Hierbei werde das bislang auf einer Access-Datenbank basierende Kompensationskataster in eine neue Datenbank überführt. Wenn dies abgeschlossen sei, könnten die Angaben zur Verfügung gestellt werden. Er geht davon aus, dass dies bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses abgeschlossen sei.

b) nichtöffentlicher Teil

Punkt 11 der Tagesordnung: **Berichte und Anfragen**

Ausschussvorsitzender Hauschild beendet die Sitzung um 16:09 Uhr.